

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich melde mich zu eurer Veranstaltung am 27.05.26 als Gewerkschaftskollegin zu Wort.

Wie der Homepage der AG Input zu entnehmen ist, ist die DGB-Jugend Oberpfalz maßgeblich an dieser AG und damit an der Veranstaltungsreihe beteiligt. Auf der Unterseite „About us“ heißt es ausdrücklich: „Die Veranstaltungsreihe der AG Input findet in Kooperation mit der DGB-Jugend Oberpfalz statt.“ Zudem wird die DGB-Jugend Oberpfalz im Impressum genannt.

Des Weiteren erfährt man, dass die Veranstaltungen über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend und somit aus öffentlichen Mitteln gefördert wird.

Vor diesem Hintergrund halte ich das Konzept der Veranstaltung „Warum wir aus emanzipatorischer Sicht die Ukraine unterstützen müssen“ für sehr kritisch. Aus meiner Sicht wurde der Anspruch einer emanzipatorischen und pluralistischen politischen Bildung nicht erfüllt:

- Von Beginn an wurde untersagt, die von der Referentin Evelyn Deller gezeigten Folien zu fotografieren. Warum eigentlich? Aus Angst, man könne dann leichter Kritik äußern? Da ich einiges mitgeschrieben habe, kann ich nun darauf eingehen.
- Es waren am Ende des Vortrags nur zustimmende Fragen erlaubt, während kritische Einwände oder abweichende Bewertungen kaum Raum erhielten.

So vertrat die Referentin die Auffassung, das Massaker auf dem Maidan im Februar 2014 wäre von der Janukowitsch-Regierung zu verantworten. Auf meine Nachfrage, ob ihr die Untersuchungen des kanadisch-ukrainischen Politikwissenschaftlers Ivan Katchanovski bekannt seien, die zu einer anderen Einschätzung gelangen¹, wurde nicht inhaltlich eingegangen. Mit dem Hinweis, das sei prorussische Propaganda, wurden diese Frage sowie zwei weitere von mir autoritär abgewürgt.

Es sollte offensichtlich weniger eine offene Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Positionen stattfinden als vielmehr die Bestätigung einer bereits feststehenden Deutung. Eine solche Einengung des Meinungskorridors bei einer Veranstaltung wird nicht nur in keiner Weise dem Erfordernis gerecht, emanzipatorisch zu wirken. Sie ist auch mit dem Anspruch des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ schwer vereinbar.

Die Meinungsfreiheit, so das wegweisende Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1958, sei „schlechthin konstituierend“ für die Demokratie:

„Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt (un des droits les plus précieux de l'homme nach Artikel 11 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789). Für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung ist es schlechthin konstituierend, denn es ermöglicht erst die ständige geistige

1 The Maidan Massacre in Ukraine: The Mass Killing that Changed the World, 2024
<https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-031-67121-0>

*Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist (BVerfGE 5, 85 [205]). Es ist in gewissem Sinn die Grundlage jeder Freiheit überhaupt, "the matrix, the indispensable condition of nearly every other form of freedom" (Cardozo)."*²

Aber nicht nur die Unterdrückung kritischer Fragen und Kommentare ist zu missbilligen, sondern auch die aus meiner Sicht extreme Einseitigkeit der Veranstaltung, bei der selbst leicht zugängliche Quellen ignoriert werden, und die nur darauf abzielte, ein scharf umrissenes Feindbild Russland zu schaffen.

Der Vortrag von Frau Deller dauerte weit über eine Stunde. Ich will nur auf vier Beispiele in meiner Stellungnahme eingehen.

1. Maidan-Massaker

Ich habe oben das Beispiel des Maidan-Massakers erwähnt. Die Studie von Ivan Katchanovski ist das Ergebnis einer über 10-jährigen Untersuchung, die umfassendes Material, darunter 2.000 Videos, 6.000 Fotos, polizeiliche Ermittlungsdokumente, ballistische Untersuchungen etc. ausgewertet. Wer diese öffentlich zugängliche Studie kritisiert, darf das gerne tun, sollte das dann aber belegen.

2. Die Einordnung ultrarechter Gruppierungen in der Ukraine

Als nicht belegbar und einseitig ist auch Frau Dellers Aussage zu bewerten, ultrarechte Umtriebe in der Ukraine seien kein größeres Problem als in anderen europäischen Staaten, Ultrarechte hätten keine politische Macht, die Partei Swoboda sei nicht mehr ins Parlament gewählt worden etc.

Straßenumbenennungen nach Nazi-Kollaborateuren wie Roman Schuchewitsch, Bandera-Kult, politische Morde durch Ultrarechte – all das wurde von der Referentin ignoriert. Auch die US-Denkfabrik Atlantic Council, die unverdächtig ist, sich in den Dienst des Kremls zu stellen, beschrieb schon 2018 die von der ultrarechten Szene ausgehende Gewalt und die vom Staat unterlassene strafrechtliche Verfolgung. In dem Artikel „Ukraine’s Got a Real Problem with Far-Right Violence (And No, RT Didn’t Write This Headline)“ schreibt die Organisation unter Verweis auf Amnesty International und weitere Menschenrechtsorganisationen:

*„Die Ukraine versinkt in einem Chaos unkontrollierter Gewalt, die von radikalen Gruppen ausgeht, und deren völlige Straffreiheit. Praktisch niemand im Land kann sich unter diesen Bedingungen sicher fühlen“. Amnesty International, Human Rights Watch, Freedom House und Front Line Defenders warnten in einem Schreiben, dass radikale Gruppen, die unter dem Deckmantel des Patriotismus“ und traditioneller Werte“ agieren, in einer Atmosphäre nahezu völliger Straffreiheit agieren können, was diese Gruppen nur ermutigen kann, weitere Anschläge zu verüben.“*³

Referentin Deller führte aus, dass die Wolfsangel kein rechtes Symbol in der Ukraine darstelle, sie wäre ja älteren Ursprungs und so wenig rechtsradikal konnotiert wie das Hakenkreuz in Indien als eines der ältesten und heiligsten Symbole in diesem geographischen Raum.

Am 29.4.2021 beschreibt die TAZ z.B. in einem Artikel unter der Überschrift “Rechtsradikale in der

2 https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/1958/01/rs19580115_1bvr040051.html, Rn. 31

3 <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/ukraine-s-got-a-real-problem-with-far-right-violence-and-no-rt-didn-t-write-this-headline/>

Ukraine Mit SS-Symbolen und Hitlergruß“, wie in Kiew Hunderte zum Gedenken an die Gründung der Waffen-SS-Division Galizien aufmarschierten⁴.

Und die ukrainische Historikerin und Dissidentin Marta Havryshko, die mittlerweile als Assistenzprofessorin an der Clark University in Massachusetts lehrt, hat mehrfach über die Verherrlichung der Nazi-Kollaborateure im 2. Weltkrieg in der heutigen Ukraine geschrieben.

Z. B. in diesem Artikel vom 07.08.2025 mit dem Titel „How Nazi Collaborators Are Celebrated in Wartime Ukraine“⁵, in dem Havryshko u.a. anhand einer Museumseröffnung in Kiew 2023 auf solche Symbole eingeht, wird klar, dass der Kontext solcher Symbole wie der Wolfsangel nicht so unpolitisch und harmlos ist, wie von der Referentin behauptet. Havryshko, die sich in ihren Forschungen besonders der Erinnerungskultur in der Ukraine sowie Holocaust- und Völkermordstudien widmet, war wegen ihrer Kritik am Bandera-Kult auch Todesdrohungen in der Ukraine ausgesetzt⁶.

3. Georgienkrieg

Als weiteres Beispiel für eine falsche Darstellung sei hier der Georgienkrieg genannt. Die Darstellung der Referentin legte zumindest indirekt nahe, dass Russland den Krieg begonnen hätte. Laut dem Bericht einer von der EU eingesetzten internationalen Untersuchungskommission (unter Leitung der Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini) habe aber Georgien den Krieg begonnen, Russland allerdings unverhältnismäßig reagiert. Siehe z. B. die Berichte im Spiegel und der Tagesschau vom 30.09.2008.⁷

4. „On the Historical Unity of Russians and Ukraine“ von 2021

Als viertes und letztes Beispiel möchte ich Putins Aufsatz „On the Historical Unity of Russians and Ukraine“⁸ von 2021 anführen. Gemäß Frau Deller würde dieser eindeutig nahelegen, dass Putin die alte Sowjetunion wiederherstellen und damit die Ukraine einverleiben wolle. Die langen historischen Ausführungen in dem Aufsatz kann ich nicht beurteilen. Relevant für die Ukraine sind Putins Folgerungen, wenn er zur neueren Geschichte kommt:

“Of course, inside the USSR, borders between republics were never seen as state borders; they were nominal within a single country, which, while featuring all the attributes of a federation, was highly centralized – this, again, was secured by the CPSU’s leading role. But in 1991, all those territories, and, which is more important, people, found themselves abroad overnight, taken away, this time indeed, from their historical motherland.

What can be said to this? Things change: countries and communities are no exception. Of course, some part of a people in the process of its development, influenced by a number of reasons and historical circumstances, can become aware of itself as a separate nation at a certain moment. How should we treat that? There is only one answer: with respect!”

“We respect the Ukrainian language and traditions. We respect Ukrainians’ desire to see their country free, safe and prosperous.”

4 <https://taz.de/Rechtsradikale-in-der-Ukraine/!5769181/>

5 <https://www.newglobalpolitics.org/how-nazi-collaborators-are-celebrated-in-wartime-ukraine/>

6 <https://www.nachdenkseiten.de/?p=133046>

7 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/kaukasus-konflikt-eu-ermittler-entlarven-saakaschwilis-kriegsluege-a-652441.html>

<https://www.tagesschau.de/ausland/georgien-ts-158.html>

8 <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>

Auch der folgende Satz lässt sich meines Erachtens nicht dahingehend interpretieren, dass er der Ukraine die Souveränität abspricht:

"I am confident that true sovereignty of Ukraine is possible only in partnership with Russia."

Er sagt, er sei zuversichtlich oder überzeugt, dass die wahre Souveränität der Ukraine nur in der Partnerschaft mit Russland möglich sei. Dem kann man natürlich widersprechen oder man kann es kritisieren, die Existenz der Ukraine stellt diese Äußerung jedoch nicht in Frage. Zumal er wenige Sätze darauf Folgendes feststellt bzw. wiederholt:

"Today, these words may be perceived by some people with hostility. They can be interpreted in many possible ways. Yet, many people will hear me. And I will say one thing – Russia has never been and will never be "anti-Ukraine". And what Ukraine will be – it is up to its citizens to decide."

Fazit:

Diese Veranstaltung erinnert mich stark an Arthur Ponsonbys Buch „Lüge in Kriegszeiten“ – der Feind wird als unmenschliches Monster dargestellt oder Kritiker der eigenen Berichterstattung werden als Verräter diffamiert.

Ich hoffe sehr, dass dieses binäre Denken, hier Freund, dort Feind, nicht weiter durch DGB-Organisationen verbreitet wird. Es ist zudem nicht nachzuvollziehen, dass eine perspektivisch so verengte Veranstaltung staatlicherseits gefördert wird.

Eine Veranstaltung, die mit Steuergeldern unterstützt wird mit dem Ziel, die Demokratie zu fördern, darf sich überhaupt keinem bestimmten Ergebnis oder der Einordnung politischer Ereignisse als Wahrheit verschreiben. Sie müsste die Voraussetzungen für einen fairen und offenen Diskurs, der unterschiedliche Meinungen zu einem Thema zulässt, schaffen, ohne selbst eine bestimmte inhaltliche Ausrichtung zu einem Thema vorzugeben.

1976 wurde der Beutelsbacher Konsens als grundlegender Standard für die politische Bildung in Deutschland formuliert, um Indoktrination im Unterricht zu verhindern. Wäre es nicht angemessen, bei einem Demokratieförderprogramm ebenfalls die Forderungen des Überwältigungsverbots (Indoktrinationsverbots) und Kontroversitätsgebots⁹ konsequent umzusetzen?

Damit kein Missverständnis entsteht: Ich verurteile den Angriff Russlands auf die Ukraine auch scharf. Meine fundamentale Kritik an der Veranstaltung ändert nichts an dieser Einschätzung.

Kollegiale Grüße,

Irmgard Freihoffer

⁹ Überwältigungsverbot (Indoktrinationsverbot): Es ist verboten, Schüler im Sinne einer bestimmten Meinung zu überrumpeln oder zu indoktrinieren. Ziel ist die selbstständige Urteilsbildung.

Kontroversitätsgebot: Was in Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert wird, muss auch im Unterricht als kontrovers dargestellt werden. Verschiedene Standpunkte dürfen nicht unter den Tisch fallen.